

# Resolution

verabschiedet auf dem  
15. DPT



15. Deutscher Psychotherapeutentag  
am 14. November 2009 in Lübeck

## Soziale Kälte in Deutschland verhindern

Der vorliegende Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sieht zunächst noch keine Vorgaben für konkrete Veränderungen in der Gesundheitsversorgung vor. Geplant ist eine Regierungskommission, die mögliche gesundheitspolitische Reformen ausarbeiten soll.

Der Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) zeigt sich beunruhigt darüber, dass Einschnitte in das soziale Sicherungssystem mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag nicht aufgehoben werden, sondern möglicherweise (aus bekannten Gründen) nur auf die Zeit nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 verschoben worden sind.

Der DPT fordert die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit der geplanten Regierungskommission langfristig, zukunftsweisend und auch unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Perspektive weitere Schritte zu beraten.

Der Deutsche Psychotherapeutentag spricht sich ausdrücklich gegen Zuzahlungen im Gesundheitswesen aus, die unter kurzfristiger Perspektive sicherlich das Inanspruchnahmeverhalten der Versicherten verändern würden und damit scheinbar Geld einsparen. Solche Maßnahmen würden jedoch bereits mittelfristig dazu führen, dass notwendige Behandlungen verschleppt werden und ein Sozialgradient, den wir jetzt schon sehr ausgeprägt bei der Bildung beobachten können, zukünftig auch im Gesundheitswesen immer stärker vorhanden sein wird.

Ebenso warnt der DPT davor, mögliche Prämien erhöhungen mit der Konsequenz für die Versicherten zu koppeln, unterschiedliche Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu erhalten. Damit würde der gesellschaftliche Grundkonsens bedroht und der soziale Frieden gefährdet.